

arbeitenden Klassen, es bleibt außerdem auch die stete Gefahr, daß das eigentliche Wollen und Können des Christentums von weiten Kreisen des Proletariats überhaupt nicht erkannt oder nur im Zerrbild gesehen wird. Um so mehr ist es die Pflicht des deutschen Katholizismus, seinen gesellschaftspolitischen Willen immer eindrucksvoller kund zu tun, damit sein Ruf hinausdringe auch in jene Kreise, die dem Christentum heute noch den Ernst und Eifer zur Überwindung der Klassenschichtung absprechen. Der letzte Katholikentag in Essen war gewiß ein bedeutsamer Vorstoß in dieser Richtung, nur muß die Bewegung dauernd wach gehalten, verbreitert und vorangetrieben werden. In seinem Schriftchen „Die Welt denkt neu“ hat Leo Fußhoeller⁹, einer der Redner auf dem Essener Katholikentag, eine Summe von Zeitgedanken und Programmpunkten zusammengefaßt, die geeignet sind, das Wissen um Sinn und Ziel des katholischen Erneuerungswillens in die breiten Massen hinauszutragen. Und das ist das Nächstliegende, Dringlichste, was geschehen muß, um die Wiederbegegnung zwischen Christus und dem Proletariat vorzubereiten: daß lebendige Christen klar und beherzt diesen Erneuerungswillen in seinen ganz konkreten Einzelheiten aufgreifen und ihn unbekümmert um Widerstände und Schwierigkeiten, unbekümmert um Mißtrauen und Anfeindung in Wort und Tat hineintragen in die Wende der Zeit.

Der umworbene Mittelstand

Von Gustav Gundlach S. J.

Die Zeiten, in denen man von einer „konstitutionellen“ Erkrankung des Handwerks bei uns in Deutschland sprach, sind längst vorbei. Die dem Handwerk im ganzen günstigen Feststellungen der seinerzeit vom Reich veranstalteten Wirtschaftsumfrage haben lediglich wissenschaftlich bestätigt, was die kritischen Beobachter unseres vom Größenfimmel befangenen industriellen Konzern- und Kartellkapitalismus schon längst bemerkt hatten. Die heutige Entwicklung mit ihrer Kapitalknappheit und Zinsverteuerung mußte zwangsläufig auf die Dauer die größere Last der Krise auf jene Wirtschaftseinheiten umlegen, die verhältnismäßig mehr mit investiertem Kapital als mit menschlicher Arbeitskraft ausgerüstet waren. Die dem Handwerk von jeher eigene größere Zurückhaltung oder, besser gesagt, ökonomisch vorsichtiger Haltung gegenüber dem technischen Fortschritt ist diesem Zweig des Mittelstandes, im ganzen gesehen, zum Segen geworden.

Wenn die augenblickliche Not auch im handwerkerlichen Bereich der Wirtschaft gewiß nicht geleugnet werden kann, so ist doch hier vor allem der Blick in eine bessere Zukunft in Wahrheit berechtigt. Die wirtschaftliche Struktur des handwerkerlichen Betriebs befreit ihn in hohem Maße von jenem Druck, der nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft der „Großen“ in der Wirtschaft so trostlos macht, nämlich von dem

⁹ Die Welt denkt neu. Der gesellschaftspolitische Wille der deutschen Katholiken. (86 S.) Paderborn 1932, Bonifatius-Druckerei.

schmerzlichen Kapitalschnitt und der endgültigen Liquidation fehlinvestierter Kapitalien. Denn der von manchen heute geradezu mythisch erklärte, mächtige „Wirtschaftsstaat“ der Gegenwart, der sich so tapfer bis jetzt aller Schwankenden im Gebiete der Großbanken, der Großindustrie und des großen Grundbesitzes annahm, wird bald am Ende seiner Möglichkeiten angekommen sein.

Schade nur, daß in den betroffenen Kreisen so wenig von ehrlicher Gewissenserforschung zu verspüren ist. Grund genug wäre für diese Gewissenserforschung vorhanden. Denn gerade diejenigen rufen nach dem rettenden Arm des „Wirtschaftsstaates“ und nach der in Wahrheit „politischen“ Sanierung, die sonst nicht oft genug auf dem Gebiet der Löhne das unerbittliche Muß wirtschaftlicher Marktgesetze ins Feld führten und unterschiedslos gegen „politische“ Löhne wetteten. Jedenfalls aber wird in Zukunft innerhalb der gewerblichen Erzeugung das Handwerkertum die Früchte seiner mehr traditionsgebundenen und konservativen Wirtschaftsgebarung ernten. Schon jetzt ist ihm trotz seiner nicht geleugneten Not die größere Krisenfestigkeit gegenüber dem allzu fortschritts- und ausdehnungsgläubigen großindustriellen Kapitalismus beschieden.

Ist es im Bezirk der Industrie selbst und auch des Handels nicht ähnlich? Die heutige Kapitalkrise wirkt sich auch hier zwangsläufig und auf die Dauer zu Ungunsten der großen und zu Gunsten der kleinen und mittleren Existenzen aus. Die geringere Kapitalinvestition im technischen Apparat und in der Lagerhaltung verleiht diesen mittelständischen Wirtschaften auf die Dauer die größere Elastizität und Anpassungsfähigkeit in der Preisgestaltung, die angesichts der furchtbar gesunkenen Kaufkraft für das Durchhalten in der Krise und für den Ausblick in bessere Zeiten einfachhin entscheidend ist. Außerdem wirkt die durch die Krisenerfahrung geförderte unverkennbare Neigung in unserer Volkswirtschaft, unter Wahrung der natürlichen Bedingungen wiederum zu einer größeren Mischung industriell-gewerblicher und landwirtschaftlicher Erzeugung zu kommen, sich zu Gunsten der mittelständischen Wirtschaften in Industrie, Handwerk und Handel aus. Die von dieser Entwicklung zu erwartende Belebung des flachen Landes und der kleinen und mittleren Stadt weist in dieselbe mittelstandsgünstige Richtung. Endlich ist nicht zu vergessen, daß die so sehr umstrittene und doch ebenso sehr notwendige Siedlungsbewegung nicht nur für die bäuerlichen, sondern darüber hinaus auch für die andern Wirtschaftsbetätigungen mittelständischer Existenzen Lebensmöglichkeiten schaffen soll.

Über die größere Festigkeit und Widerstandsfähigkeit der bäuerlichen Wirtschaft gegenüber dem großen Grundbesitz ist eigentlich heute kein Wort mehr zu verlieren. Vielmehr ist die Lebenskraft dieses Berufszweiges geradezu wunderbar. Jahrzehntelang hat die Rentabilität des industriellen Kapitalismus in allen industrialisierten Ländern der Landwirtschaft mehr Opfer abverlangt als Förderung gebracht. Dabei war wiederum innerhalb der Landwirtschaft selbst der bäuerliche Besitz gegenüber dem Großgrundbesitz der bei weitem am meisten Leidtragende. Die schmerzlichen Erfahrungen unserer allerdings bitter nötigen Osthilfe

zeigen dies deutlich. Vielfach wirtschaftlich unfruchtbare Kapitaleinschüsse und andere Maßnahmen haben dem Großgrundbesitz wenig helfen können, haben aber dem bäuerlichen Besitz unter Umständen direkt und indirekt, besonders in andern Teilen des Reiches, sogar geschadet. Dabei ist nicht zu übersehen, daß die industriekapitalistische Entwicklung dem Bauerntum nicht nur im Wirtschaftlichen mehr Opfer abverlangte als Förderung brachte, sondern auch im Menschlichen selbst. Der Zug in die Industrie und zur Stadt beraubte das Land dauernd wertvoller Menschen. Der industrielle Fortschritt bewirkte zwar auch auf dem flachen Lande eine an sich begrüßenswerte Erhöhung der Lebenshaltung, aber steigerte doch auch wieder den ungesunden Zug in die Stadt und vermehrte die Landverdrossenheit der Menschen, besonders unter der Jugend, zumal der weiblichen.

Wenn trotzdem auch vom bäuerlichen und überhaupt landwirtschaftlichen Zweig des Mittelstandes behauptet werden darf, daß seine Zukunftsmöglichkeit heute trotz aller Not verhältnismäßig hoffnungsvoll beurteilt werden kann, so liegt dies an den kräftiger als anderswo betonten natürlichen Daseinsgrundlagen dieses Berufszweiges: Familie und Boden. Die heutige Krise als solche, die sich, wie schon gesagt, in erster Linie als Kapitalkrise nach außen zeigt, greift verhältnismäßig schonend die bäuerliche Produktion an, weil diese in hohem Grade vornehmlich auf dem Einsatz menschlicher Arbeit, vor allem der Familienarbeit, beruht. Deshalb sind hier kernhafte Ansätze zur Gesundung vorhanden, die bei richtiger Pflege durch eine zielbewußte Gesamtwirtschaftspolitik und durch bessere Organisationsmethoden beim Absatz bäuerlicher Produkte schließlich doch mit Bestimmtheit den augenblicklichen großen Notstand des Bauerntums überwinden werden. Darüber kann auch das radikalisierte Gebaren des „Landbundes“ nicht hinwegtäuschen, der, wie die „Deutsche Bauernschaft“ neulich wohl richtig feststellte, viel mehr den Interessen des großen Grundbesitzes als des Bauerntums dient.

Zusammenfassend kann man also sagen, daß jene Volksschichten, die eben als „Mittelstand“ bezeichnet wurden, unter dem Gesichtspunkt der heutigen Krise eine bessere wirtschaftliche Chance zu ihrer Überwindung haben als die kapitalempfindlicheren Großbetriebe in Industrie, Handel und Landwirtschaft. Dies hat natürlich seine Auswirkungen nicht nur für die Eigentümer und Verwalter des großen Kapitalbesitzes, sondern auch für die von ihm abhängigen Schichten der unselbständigen Arbeiter und Angestellten. Die politisch wichtige Rolle, die beide Gruppen — Kapitalbesitz und unselbständige Arbeit — heute spielen und gerade im gegenseitigen Kampf um den Opferanteil an der Krisenüberwindung spielen, stimmt wenig zu den bescheideneren Aussichten, die, rein wirtschaftlich gesehen, beide Gruppen haben. Der objektiv zukunftsichere „Mittelstand“ aber kommt politisch nicht recht zur Geltung. Vorläufig besinnt sich der „Staat“ ab und zu auf ihn; im übrigen aber ist der „Mittelstand“ die umworbene Schicht für die beiden andern Gruppen.

Daß diese Umwerbung einer schon für verloren gehaltenen Schicht ihre wirtschaftliche Berechtigung hat, wurde eben nachgewiesen. Daß und

wie diese Umwerbung aber stattfindet, verdient eine kurze Beleuchtung. Die falschen Versuche einer „nationalen Konzentration“, ja sogar die gesamte nationalsozialistische Bewegung wurden und werden von bestimmten Gruppen des großen Besitzes im eigenen Interesse als Mittel aufgefaßt, möglichst viele mittelständische Kreise als Hilfstruppen an sich heranzuziehen. Dem dienen vor allem das Schlagwort vom Marxismus und die bewußt gepflegte Abneigung gegen alles Gewerkschaftliche. Stimmungsmäßig trifft man dadurch sehr geschickt empfindliche und empfängliche Seiten der Einstellung des heutigen Mittelstandes. Die allzu mechanisch-zentralistische Gestaltung der Sozialpolitik, besonders des Sozialversicherungswesens, ist ja in der Tat eine berechtigte Klage des Mittelstandes, der diese Entwicklung mit mehr oder weniger Recht auf den Einfluß des Sozialismus und der Gewerkschaften überhaupt zurückführt. Die Gefahr, daß der Mittelstand sich von gewissen „sozialreaktionären“ Bestrebungen des großen Kapitals einfangen läßt, ist also groß, zumal wenn das große Kapital sich der „nationalen“ Flagge bedient. Die Ahnung dieser Zusammenhänge ist ganz gewiß einer der Krisengründe innerhalb des Nationalsozialismus.

Im Lichte der eingangs entwickelten wirtschaftlichen Möglichkeiten ist diese Magd- und Objektstellung mittelständischer Schichten im Dienste des großen Kapitals freilich unverständlich. Erst recht müßte die Vergangenheit den Mittelstand eines besseren belehren. Gerade die Kapitalmächte, die ihn heute umwerben, haben ihn früher gar zu gern als eine verlorene und tote Sache behandelt und eine entsprechende Wirtschaftspolitik betrieben. Das noch nicht geläuterte, aus der Vergangenheit überkommene „Lebensgefühl“ verleitet auch heute noch den Mittelstand, an die Seite dieser falschen Bundesgenossen zu treten. Der Mittelstand fühlt mit Recht „bürgerlich“, womit hier ganz allgemein eine um die Werte der Persönlichkeit, des Besitzes und auch der Bildung kreisende Welt- und Lebensauffassung gemeint ist. Aber er erkennt, daß die Schicht um den großen Kapitalbesitz in weitem Umfang schon längst von dieser „Bürgerlichkeit“ abgefallen ist. Denn „Bürgerlichkeit“ als gesellschaftsbindender Faktor steht und fällt mit dem ernstesten Willen, möglichst viele an ihren Werten teilnehmen zu lassen. Die steigenden wirtschaftlichen Konzentrationsvorgänge in der Schicht des Kapitalbesitzes haben aber der „Bürgerlichkeit“ in der Welt mehr geschadet als jeglicher Marxismus und alle Gewerkschaften. Dies sollte der Mittelstand nicht vergessen, wenn die großkapitalistische Versuchung an ihn herantritt. Er sollte dies um so weniger vergessen, als, wie oben dargelegt wurde, er und nicht das große Kapital auch wirtschaftlich gesehen der bevorzugte Träger der „Bürgerlichkeit“, allerdings einer von falschem Individualismus bekehrten „Bürgerlichkeit“, in eine bessere Zukunft ist.

Verwunderlicher als die Annäherungsversuche an den Mittelstand von der Seite des großen Kapitalbesitzes sind dieselben Versuche vom sozialistischen Bereich her. Der sozialistische Glaube an die Massengleichheit scheint praktisch dem mittelständischen Glauben an die selbstverantwortliche und selbstinitiative Persönlichkeit entgegenzustehen. Und theoretisch

hat ja der rechtgläubige Marxismus in seiner Konzentrationstheorie von jeher dem Mittelstand das Todesurteil gesprochen. Wenn also der Sozialismus heute eine andere mittelständische Politik macht, dann mag er auch seinerseits die wirtschaftlichen Aussichten des Mittelstandes nunmehr günstiger beurteilen und die hier entwickelte Auffassung teilen. Vielleicht ist aber da und dort im sozialistischen Lager eine mehr oder weniger tiefgreifende Abkehr von gewissen soziologischen Grundvorstellungen vor sich gegangen, die für Karl Marx noch wesentlich waren. Das, was Marx unter „Kapital“ versteht, ist doch ein zu großes Abstraktum, als daß es der letztentscheidende Motor in der Dialektik des Wirtschafts- und Gesellschaftsablaufs sein könnte. Gerade im Mittelstandsproblem begegnen uns stärker bewegende Kräfte: Familie, Boden, individuelle Arbeit und individueller Besitz.

Dies spürt man in der Not, den Sozialismus durchzuführen, auch im heutigen Sozialismus. Noch jüngst hat ein maßgeblicher wissenschaftlicher Vertreter des Sozialismus, der Frankfurter Volkswirtschaftslehrer Prof. Adolf Löwe, in der Berliner Handelshochschule einer mittelstandsfreundlicheren Haltung Ausdruck gegeben. Man will allerdings eine „Gesamtplanung“ für die ganze Volkswirtschaft und unbedingte Sozialisierung des „Großeigentums in Stadt und Land“, aber man will die mittelständische Selbständigkeit, vor allem im Bauerntum und Handwerk, einschließlich des mittelständischen Privateigentums erhalten. Und der bekannte Hamburger religiöse Sozialist und Soziologe Eduard Heimann erklärt hierzu ausdrücklich, daß es sich keineswegs um ein Zugeständnis an die taktische Lage der Gegenwart handle, sondern um die allgemeine Herstellung des „Arbeitseigentums“ in denjenigen Formen, die der gesellschaftlichen und technischen Ordnung der einzelnen Produktionsgruppen entsprechen.

Diese Unterscheidung von „Arbeitseigentum“ und gewissermaßen machtgeladenem Eigentum soll die Vertreter des neuen Sozialismus vor dem Vorwurf bewahren, daß sie die grundsätzliche marxistische Ablehnung des Privateigentums aufgäben. In der Tat trifft diese auf dem Machtmoment aufgebaute neue soziologische Unterscheidung einen Kernpunkt der marxistischen Gesellschaftsauffassung. Aber vielleicht hat doch Marx das Machtmoment im Privateigentum folgerichtig zu Ende gedacht und in jedem Privateigentum vorgefunden und mußte von seinem soziologischen Machtmonismus her zur Ablehnung jeglichen Privateigentums kommen. Und Löwe und Heimann wiederum nehmen wesentliche Änderungen an der marxistischen Geschichtsauffassung und Macht-Soziologie vor, um ebenso folgerichtig nur jenes Privateigentum abzulehnen, das entscheidende Macht und Herrschaft über abhängige, fremde Arbeit gibt und nicht, vom Besitzer her gesehen, vornehmlich eigenes „Arbeitseigentum“ ist. Wo allerdings der dadurch von diesen Sozialisten anerkannte „Mittelstand“ anfängt oder aufhört, ist nicht recht ersichtlich. Vielleicht ist das entscheidende Merkmal daher zu nehmen, daß das „zugelassene“ mittelständische Privateigentum seinem Umfange und seiner Struktur nach so wenig „machtgeladen“ ist, daß es sich der wirtschaftsplanenden Regelung

der im Staat zusammengefaßten „Nation“ oder „demokratischen Volksgemeinschaft“ fügt. Denn „Nation“, „Demokratie“ und „Volksgemeinschaft“ werden von der Geschichtsauffassung dieses neuen Sozialismus durchaus als real bewegende Werte anerkannt.

Nun darf man freilich nicht unberücksichtigt lassen, daß dieser mittelstandsfreundliche Sozialismus seine Gegner im eigenen sozialistischen Lager hat, vor allem bei den Vertretern der freigewerkschaftlichen „Wirtschaftsdemokratie“, die seinerzeit hauptsächlich von Naphtali, dem Leiter der sozialistischen Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, und in etwas anderer Form von dem Frankfurter Arbeitsrechtler Sinzheimer verkündet wurde. Der Grundgedanke der „Wirtschaftsdemokratie“ ist ja, durch Einbau von proletarisch beeinflussten Kontrollorganen in den kapitalistischen Produktionsprozeß den bestimmenden Anteil der unselbständigen Arbeit allmählich zu Ungunsten des privaten Kapitalbesitzes zu steigern und so nach und nach zu einer Vollsozialisierung, also auch zur Beseitigung des Mittelstandes zu kommen. Derartige „sozialisierende“ Einbauten sieht man in den Konsumvereinen, in den Arbeiterbanken, im Ausbau der öffentlichen Unternehmungen, in der Staatskontrolle etwa durch die Stilllegungsverordnungen, die Kartellaufsicht, die Bankenkontrolle und endlich in Einrichtungen wie etwa den Betriebsräten oder dem Reichskohlenrat. Es ist natürlich, daß sich der „wirtschaftsdemokratische“ Sozialismus gegen die Kritik, die der Sozialismus eines Löwe oder Heimann an ihm wegen angeblicher Aussichtslosigkeit übt, kräftig wehrt. Hinzu kommt, daß gerade er mit den noch verbliebenen wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen der „Freien Gewerkschaften“ zusammenfällt und wirksam darauf hinweisen kann, daß der „neue Sozialismus“ der antigewerkschaftlichen „Reaktion“ in etwa in die Hände arbeitet. Jedenfalls wird der Mittelstand gut tun, sich nicht zu sehr auf die neuen, ihm freundlichen Regungen im Sozialismus zu verlassen.

Entscheidend wird überhaupt bleiben, daß auch vom Sozialismus her der Mittelstand lediglich als Hilfstruppe im gesellschaftlichen Machtkampf des Proletariats betrachtet wird. Wiederum ist zu sagen, daß dies nicht zu den verhältnismäßig günstigen wirtschaftlichen Zukunftsaussichten des Mittelstandes paßt und auch nicht zu den verhältnismäßig sehr ungünstigen Aussichten der großkapitalistischen Unternehmungen, in denen „das Proletariat“ hauptsächlich seinen Standort hat und sogar nach vollzogener Sozialisierung seine eigentliche Heimat haben will. Hinzu kommt aber, daß das „Lebensgefühl“ der sozialistischen Arbeitermassen sich sehr schlecht mit der innern Haltung der mittelständischen Schichten zu einem Bund des „demokratischen Volkes“ zusammenfügt. Hier betonte Individualität und dort der Gleichheitsglaube! Es ist zu erwarten, daß die naturhaft stärkere und in Zukunft auch wirtschaftlich stärkere Haltung der mittelständischen, individualistischen Schichten im guten Sinne „zersetzend“ auf den Gleichheitswahn des „Proletariats“ einwirkt, und daß dem Sozialismus dabei nach und nach der seelische Boden entwindet. Deshalb handeln auch die freigewerkschaftlichen Teile des Sozialismus

instinkthaft von ihrem Standpunkt aus richtig, wenn sie dem neuen mittelstandsfreundlichen Sozialismus skeptisch begegnen.

Was nun die im Katholizismus von jeher vertretene Soziallehre angeht, so ist ihre mittelstandsfreundliche Haltung ja hinreichend bekannt. Man hat ihr diese Haltung von den verschiedensten Seiten her schon oft als ein Stück Mittelalter oder als Romantik angerechnet. Mit Unrecht. Die naturrechtliche und organische Art des sozialen Denkens im Katholizismus mußte notwendig immer wieder auf den Mittelstand hinführen, da, wie schon oben gesagt wurde, an ihm ganz besonders „naturhafte“ Seiten des Gesellschaftslebens hervortreten. Es sei nur an den Boden, das Haus und vor allem an Persönlichkeit und Familie erinnert. Freilich ist zuzugeben, daß das Bewußtsein der innergesellschaftlichen Dynamik und Funktion des Mittelstandes praktisch auch im deutschen Katholizismus, vor allem in jenen Kreisen geschwunden war, die selbst als eigentlich mittelständisch angesprochen werden müssen. Zuviel an Geruhigkeit, an Existenzsicherheit bis hin zu ausgesprochen bürgerlicher Bierseligkeit fand sich in jenen Kreisen vor. Das Erwachen in der jetzigen Krise war jäh und ist eigentlich auch heute noch nicht überall zum hellen Bewußtsein der sozialen Lage im Lichte gesunder Gesellschaftsprinzipien vorgeschritten. Um so erfreulicher ist das mittelstandspolitische Bemühen im Kreis der kaufmännischen Vereine und der bauerlichen und handwerkerlichen Organisationen im katholischen Lager und in seiner politischen Vertretung.

Dieses Bemühen beruft sich auf die berufständische Neuordnung der Gesellschaft nach der Enzyklika „Quadragesimo anno“. Mit Recht. Denn dieses Rundschreiben enthält geradezu auf dem Boden der modernen Wirtschaftsentwicklung eine erneute Rechtfertigung der alten Mittelstandsidee innerhalb der Soziallehre des Katholizismus. Die berufständische Ordnung ist nach dem Sinn der Enzyklika „Quadragesimo anno“ der gesellschaftspolitische (keineswegs privatwirtschaftliche!) Versuch, die Wirtschaftsgesellschaft und damit das Gesellschafts- und Staatsleben überhaupt wiederum zu einer größeren Ordnung, innern Ausgewogenheit und Festigkeit zu bringen. Dies soll im Anschluß an die Berufstände als natürliche Einheiten des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens und als öffentlich-rechtliche Organe der Selbstverwaltung geschehen.

Diese innere Tendenz der berufständischen Ordnung im Sinne der Enzyklika zu einer gesunden, keineswegs starren Statik des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens schließt nun die Forderung ein, daß in jedem Berufsstand die Schicht der mittelständischen Existenzen Grundlage und Kern ist. Wäre dies nicht der Fall und wäre die Schicht des Nichtbesitzes oder des Großbesitzes überragend, so fehlten die realen Gegengewichte, die die konkret durchgeführte berufständische Ordnung von sich aus immer wieder auf ihre natürliche Statik hindrängen. Deshalb liegt in der Folgerichtigkeit berufständischen Ordnungsdenkens die Vorbetonung des Mittelstandsgedankens mit allen Folgerungen hinsichtlich der Eigentumspolitik. Dies gilt sowohl nach dem sogenannten Proletariat wie auch nach dem großen Eigentum

hin, sowohl in der Richtung der Entproletarisierung durch Eigentums-schaffung wie auch in der Richtung der gesellschaftspolitischen „Ent-machtung“ des großen Kapitalbesitzes.

In den „Neuen Blättern für den Sozialismus“ (8. Heft, 3. Jahr) hat Georg Heimer sich mit den berufständischen Ideen katholischer Sozial-theoretiker befaßt. Nach einer sehr verständnisvollen Würdigung ihres Standpunktes vermißt er die Behandlung des Privateigentums nach seiner „herrschaftlichen“ Seite hin. Er dürfte dabei den eben entwickelten innern Zusammenhang der berufständischen Forderungen der Enzyklika mit dem mittelständischen Prinzip übersehen haben. Die Wege der Durchführung laufen vornehmlich über eine entsprechende Wirtschafts- und Steuerpoli-tik, über eine entsprechende Rechtsgestaltung und nicht zuletzt auch über eine betonte Familienpolitik. Weniger Gewicht hat dabei eigentlich im Gesamtrahmen der Enzyklika und ihrer Eigentumsauffassung jene Stelle über die Enteignungsmöglichkeit übermächtiger Unternehmungen im dringenden Interesse des Gemeinwohls. Denn ein auf starker Mittelstands-basis ruhender, wirklich starker und objektiver Staat wird diesen Aus-wüchsen vorbeugen. Auch die von Heimer so sehr empfundenen Schwierig-keiten der Möglichkeit eines „Marktes“ scheinen in der berufständisch geordneten Wirtschaft im Sinne der Enzyklika nicht vorhanden zu sein, da diese geradezu um den selbständigen Mittelstand kreisende Volks- und Verkehrswirtschaft bestimmt keine sozialistische Planwirtschaft ist. Nach der gewerkschaftlichen Seite hin bestehen allerdings gewisse Notwendig-keiten der Umorientierung auch im katholisch-sozialen Lager, die sich soziologisch aus der Betonung des Mittelstandes ergeben. Freilich wird davon die eigentliche Natur der Gewerkschaften nicht berührt. Es ist ja für den katholischen Sozialgedanken weder erwünscht noch grundsätz-lich möglich, den ganzen „Großbesitz in Stadt und Land“ zu sozialisieren, wie dies der gesamte Sozialismus will. Eine derartige „Sozialisierung“ widerspräche sowohl dem Privateigentumsprinzip wie auch dem Prinzip des Gemeinwohls. Denn weder die natürlichen und wirtschaftlichen Er-fordernisse noch die volkspolitischen Rücksichten würden dabei in vielen Fällen gewahrt. Also wird den Gewerkschaften immer die Rolle der Ver-tretung und Zusammenfassung eines großen Teiles der abhängigen Arbeit bleiben.

Jedenfalls ist das Werben um den Mittelstand von rechts und von links her ein Zeichen seines günstigen wirtschaftlichen Sterns. Soziologisch aber ist es eine Verführung. Der Mittelstand kann nicht Hilfstruppe blei-ben, er gehört in den Mittelpunkt einer gesunden Sozialordnung. Die berufständische Parole der Enzyklika „Quadragesimo anno“ ruft ihn dorthin.